

Die Titelseite dieser Nummer zeigt einen gewöhnlichen Soldaten, angebunden, machtlos an einem Pfahl. Ringsherum Pferdekadaver, rauchende, durch Gasbomben vernichtete Dörfer im Hintergrund. Die Parole: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“ ist hier bildlicher Realismus geworden.

In derselben Woche zeigten die bürgerlichen illustrierten Blätter den Stapellauf des deutschen Kreuzers „Karlsruhe“ in Kiel! Günter Benjamin.

PREVENTION BILL

Im Verlage R. Piper & Co., München, erschien soeben, merkwürdigerweise als pompöses Buch — von einem Bogen Umfang, mit dem Titel „Prevention Bill. Ein unerlassenes, unerläßliches Staatsgesetz“, ein beachtlicher Vorschlag zur endgültigen Erhaltung des Weltfriedens. Ernst Reinhold zeichnet, London 1926, dafür verantwortlich, und zwar verlangt er nichts anderes als ein Gesetz gegen die Beschimpfung und Verhöhnung fremder Länder, ihrer Regierungen, Einrichtungen und Einwohner. Er erkennt ganz richtig als einen bedeutenden Erreger und Verbreiter der Kriegsepidemie die Hetze, die durch Presse, Literatur und Film betrieben wird, und die jene üble Atmosphäre von Haß erzeugt, in der das Toben der Feindseligkeit und aller Mordwahn erst so recht gedeiht. Wir alle wissen, wie skrupellos jederzeit diese vergiftende Tätigkeit von Journalen, Romanen, Gedichten, Kinobildern ausgeübt wurde, und wie widerlich sie auch heute noch ausgeübt wird. Wir kennen die noch perfidere, weil an empfänglicher Jugend verübte, Völkerhetze der Lehr- und Lesebücher, der Kathederreden, sowie die gefährliche, weil amüsant vorgebrachte Stimmungsmache durch Varieté, Humoristen und Tingeltangelkouplets, die Reinhold leider zu erwähnen vergißt. Aber sein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Hetze scheint mir in der Fassung bisweilen etwas unglücklich. Denn da wird nicht nur „die wissentliche Lüge, ausländische Ereignisse betreffend“ unter Strafe gestellt, sondern auch „der Angriff in Wort, Schrift und Bild auf irgendwelchen fremden Staat, dessen Regierung, Einrichtungen und Einwohner“ und das „Ins-Lächerliche-Ziehen“. Praktisch, von böswilliger Justiz gehandhabt, könnte es sehr leicht darauf hinauskommen, Polemik und Satire wider auswärtige reaktionäre Regierungen, wider die Willkürherrschaft der Mussolinis und Riveras, wider die Greuel eines mit Folter und Metzelei wütenden Gewaltregimes lahmzulegen, also die Hilfe, die den Unterdrückten und Gequälten eines Landes am zweckmäßigsten von außen, von der einhelligen Empörung freier Nationen gebracht werden kann und muß, auszuschalten. (Schon immer manövrierte die solidarische Internationale der Machthaberklippen mit dem faulen Zauber von der unerlaubten Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse eines Staates, wenn solche Einmischung ihren Praktiken unbequem werden konnte!) Reinhold behauptet: „Das Präventivgesetz verspricht nicht, in jedem Falle einen Krieg unmöglich zu machen, wohl aber unter seinen mannigfaltigen Anlässen den entscheidenden zu treffen.“ Vor allem ist es doch naiv, zu glauben, daß in irgendeinem der heute bestehenden Staaten dieses Gesetz je zur Annahme, geschweige denn zur loyalen Durchführung kommen kann. Solange es Nationen, auf dem Eigentums- und Machtwahn aufgebaute Staatensysteme, auf der Herrschaft des einen Teils über den andern basierende Gesellschaftsgebilde gibt, bleibt der Krieg eines der landläufigen Mittel zur Auseinandersetzung. Solange werden demgemäß die Regie-